

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk., durch die Post 2,22 Mk. einzeln: Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.  
— Fernsprecher Nr. 324. —

**Gratisbeilagen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirthsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Lotterielisten — Kurztel

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pf., im Restameil 50 Pf., Chiffreanzeigen und Nachweilagen 20 Pf. mehr. Platzwechsel ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.  
— Geschäftsstelle: Delbrue 9. —

Nr. 183

Mittwoch den 8. August 1917

44. Jahrg.

## Kerenski Diktator in Rußland. Weitere Fortschritte in der Bukowina. — Radauk genommen.

### Die Juli-Zugung im Reichstag.

Von Dr. Otto Wiemer, Mitglied des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenbundes.

#### 3. Die politische Neuordnung.

Die soeben vollzogenen Personalveränderungen im Reich und in Preußen sind sicher nicht als ein Schritt zu jener politischen Neuordnung anzusehen, die in der Zulassung des Reichstags im Hauptausmaß wie bei der Beherrschung der Parteivertreter als notwendig und dringlich bezeichnet worden ist. Die Lebensinteressen des deutschen Volkes verlangen die freihetliche Ausgestaltung von Reich und Staat. Die Mehrheit des Reichstags, die für die Friedensstundgebung gestimmt hat, hat zugleich den festen Willen bekundet, innerpolitische Reformen unter Verhinderung des Einflusses der Volksvertretung durchzuführen. Auch die nationalliberale Partei hat ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an einem solchen Reformwerk angekündigt. Die Grundlinien dieser Reformarbeit sind im Anschluß an die Osterbotschaft des Kaisers in dem Aufruf der Christlich-sozialen Volkspartei vom 8. Mai bezeichnet; hier ist ausgesprochen: das Staatswohl verlangt einen verstärkten Einfluß der Volksvertretung. Nur der organische Zusammenhang zwischen den Regierungen und den Parlamenten eröffnet allen Volksgenossen die Möglichkeit, sich an der Gesetzgebung wirksam zu beteiligen und durch ihre berechtigten Vertreter Einfluß auf die Auswahl der verantwortlichen Leiter des Staates zu gewinnen.

Um dieser Forderung Gerechtigkeit zu tun, bedeuten die Veränderungen in den Reichs- und Staatsämtern keinen Fortschritt. Die neuen Männer sind gekommen, ohne daß die Volksvertretung Einfluß auf ihre Auswahl ausgeübt hat. Man hat mit Parteivertretern vor der Veröffentlichung der Ernennungen Fühlung genommen, aber eine Mitwirkung bei der Ernennung ist dem Parlament nicht eingeräumt worden. Nach dem Grundgedanken des parlamentarischen Systems sollen die verantwortlichen Leiter der Staatsgeschäfte Vertreter des Mehrheitswillens sein, mit der Regierungshandlungen sollen im Einklang stehen, mit dem Volkswort im Einklang zum Ausdruck gebracht werden können. In der Person der neuen Männer ist auch nicht die leiseste Spur eines Fortschritts in dieser Richtung zu erkennen; vielmehr spricht aus diesen Ernennungen nicht bloß ängstliche Scheu vor einem Entgegenkommen gegenüber dem Gedanken des parlamentarischen Systems, sondern direkt die Absicht, auch den ersten Schritt auf dieser Bahn zu verhindern.

Gewiß, es stehen zwei Parlamentarier in Regierungenämtern ein. Aber das bedeutet noch lange nicht, daß damit ein Schritt zur Parlamentarisierung getan wird. Gerade auf die gegenteilige Absicht deutet der Umstand, daß ein Mitglied des Reichstags in ein preussisches Ministeramt, ein Mitglied des preussischen Abgeordnetenbundes in ein Reichsamt berufen wird. Gegen die persönliche Eignung der beiden Männer zur Leitung der ihnen anvertrauten Verwaltungen sind nicht die geringsten Einwendungen zu erheben; beide sind hervorragende Juristen, im Beruf wie im öffentlichen Leben wohl bewährt. Aber ihr Amt wird ihnen schwerlich Gelegenheit geben, politischen Einfluß als Vertrauensmänner ihrer Partei auszuüben. Wohlwahrhaftig sind auch die beiden Bürgermeister, die zu Reichsstaatssekretären ernannt worden sind. Die Erfahrungen, die sie insbesondere in der Kriegszeit auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung gewonnen haben, werden sicherlich auch dem Reichsdienst zufließen können. Die Vererbung des Bürgermeisters Schwander aus Strachburg ist auch um deswillen zu begrüßen, weil mit ihm ein geborener Offizier, ein genauer Kenner der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Reichslande als künftiger Ratgeber bei

der staatsrechtlichen Neuordnung in Elsaß-Lothringen in den Bundesrat eintritt. Der bisherige Oberbürgermeister von Köln wird als Staatssekretär des verkleinerten Reichsamts des Innern, dem neben den innerpolitischen auch militärische, kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten verbleiben, einen starken politischen Einfluß auszuüben haben. Als erste Aufgabe wird ihm die Vorbereitung der Vorlage, betreffend die Neuerteilung der Reichstagswahlkreise gemäß der in der Zulassung des Reichstags gegebenen Befugnis zufallen. Herr Waltraf steht als Kopfteil dem Zentrum nahe. Aber seine eigentliche Parteifarbe ist stets so unbestimmt geblieben, daß er bald für einen Zentrumsmann, bald für einen Konservativen, bald für einen Nationalliberalen gehalten worden ist. Nicht daß er gut in das in allen Farben schillernde Kabinett Michajels hinein.

Der leitende Gedanke für die Auswahl der neuen Männer ist schwer zu erkennen. Noch niemals hat sich in den obersten Reichs- und Staatsämtern ein so starker Personalwechsel vollzogen, wie es jetzt geschieht. Aber gleichwohl ist ein Systemcharakter damit nicht verbunden. Das Kabinett Michajels hat einen ausgeprägten Beamtencharakter mit leichtem parlamentarischen Einschlag. Geblieben sind die Staatssekretäre Helfferich und von Capelle, deren Haltung gerade in der Zulassung des Reichstages mangelhafte Ansehungen erfahren hat. In der Einfluß des Staatssekretärs Helfferich wird mit der Übernahme der ihnen zugewiesenen Funktionen noch erheblich wachsen. Warum der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco geben mußte, ist schwer zu verstehen; er hat sich als ein ausgezeichneter Beamter seines Amtes erwiesen, ein kenntnisreicher, feinsinniger Kopf, allem bürokratischen Wesen abgeneigt, und er hat in keiner Weise erkennen lassen, daß er seine Arbeitskraft erlassen müßte. Es fällt schwer, anzunehmen, daß nur die Absicht, seinen Platz für einen anderen frei zu machen, für die Verabschiedung bestimmend gewesen ist.

Aus dem preussischen Staatsministerium sind einige konservative Minister ausgeschieden; dafür sind andere der gleichen politischen Färbung gekommen. Und an die Stelle des Herrn von Radauk, der als Konservativer und Agrarier in sein Amt eingetreten ist, aber auf Grund seiner Erfahrungen im Amt mehr und mehr in Gegensatz zu agrarischen Kreisen geraten ist, tritt Herr von Waldow, der in der konservativen und agrarischen Presse als treuer Gesinnungsgenosse lobhaft begrüßt wird. Da er gleichzeitig zum preussischen Staatsminister ernannt ist, erfährt das konservative Element im Staatsministerium eine weitere Verstärkung.

Es wird gemeldet, daß sämtliche neu ernannten Staatsminister die Verpflichtung übernommen haben, für die Ausführung der Wahlrechtsbotschaft einzutreten, die Preußen das gleiche Wahlrecht verheißt. Die Übernahme dieser Verpflichtung ist selbstverständlich, nachdem der König durch Erlass vom 11. Juli d. J. bestimmt hat, daß der König der Monarchie zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts im Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die erfolgreiche Förderung der preussischen Wahlrechtsreform ist die einzige zweifelsfreie Errungenschaft der neuen politischen Entwicklung, aber eine Errungenschaft vor der größten Bedeutung. In den politischen Wirren der letzten Wochen ist diese Bedeutung in der öffentlichen Erörterung nicht voll zur Geltung gekommen. Aber sicherlich wird die Geschichte dereinst den Wert dieser Errungenschaft sehr hoch veranschlagen, wenn es gelingt, die Wahlrechtsreform in Preußen auf der Grundlage des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts durchzuführen und damit eine Lebensfrage nicht bloß für Preußen, sondern für das ganze Deutsche Reich glücklich zu lösen. Der neue Minister des Innern Dr. Drews hat in seiner bisherigen Haltung

unzweifelhaft Verständnis für die Forderungen der Zeit gezeigt. Er ist ein Härter und kenntnisreicher Verwaltungsmann, der das ihm übertragene Ressort genau kennt. Es bleibt abzuwarten, ob er auch die starke Hand besitzt, um innerwärts seiner Verwaltung und im Parlament die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich einer gründlichen Reformarbeit in Preußen entgegenstellen werden.

## Der Weltkrieg.

### Zur Friedensbewegung.

Aus München wird gedruckt:  
Das Diktatoramt der Erzdiözesen München-Freising veröffentlicht einen Aufruf des Papstes, der dem Kardinal-Staatssekretär Gaspari gerichtet ist. In dem Aufrufe heißt es:

Wir weisen den Völkern den einzigen Weg, mit Ehre und Nutzen für jedes einzelne ihre Streitigkeiten beizulegen, indem wir die Grundlinien vorgezeichnen, auf welche sich eine dauernde friedliche Zusammenarbeit aufbauen muß. Wir befehlen sie im Namen Gottes und der Menschlichkeit, den Gedanken an einen gegenseitigen Vernichtungskrieg aufzugeben und zu einem gerechten und billigen Vertrag zu kommen.

Andere folgenlos Stimmen, welche zur Beilegung des ungesunden Weltkrieges, dieses Selbstmordes der Bevölkerung Europas, einladend, blieb aber ungehört. Die trübe Luft des um sich greifenden Hoffes der kriegsführenden Völker drang noch höher, und der Krieg zog auch noch andere Länder in seinen schrecklichen Strudel mit hinein und verheißte keine Vernichtung und kein Wieder-

Insbesondere unter Vertrauen nicht gemindert, und unter unaussprechlicher Qual unseres Herzens und unter den bittersten Tränen, die wir über die bitteren, auf die kriegsführenden Völker gehäuften Leiden dieses entsetzlichen Kriegesurms vergießen, hoffen wir fortgesetzt, daß der vorheißende Tag nicht fern sein möge, an welchem die Menschlichkeit des römischen Vaters sich wieder als Führer betrauten. Die unerträglich gewordenen Leiden der Völker brachen von selbst das stürmische Verlangen nach Frieden zum Ausdruck. Möge der göttliche Erwiler in der unbegrenzten Güte unseres Herzens bewirken, daß auch in den Herzen der Regierungen die Kaskade zur Nachgiebigkeit obliegen und daß sie, ihrer eigenen Verantwortlichkeit vor Gott und der Menschheit sich bewußt, der Stimme der Völker nach Frieden sich nicht widersetzen.

Alfon Blabel schreibt im Anschluß an das Verhalten der englischen und französischen Regierung gegenüber der Stockholmer Konferenz: Wenn die Friedenssanktion der Sozialisten und Pazifisten ebenso Schiffruch erweist, wie das sämtliche Friedensangebote der deutschen Regierung zurückgewiesen wurde, so bleibt nichts anderes übrig als Hindenburg und das deutsche Volk. Die Friedensaktion, welche diese beiden betreiben, ist hartnäckig und süßlich. Aber gerade deshalb ist es möglich, daß sie wirksamer sein kann als alle anderen beschriebenen Bestrebungen dieser Art. Wenn der Krieg also weitergeht, wenn die Verhältnisse an Gütern und Menschenleben ins Unerlöbliche wachsen, wenn die Feuerung und Not in allen Ländern täglich zunehmen, so liegt die Schuld hierfür nicht an dem deutschen Imperialismus und preussischen Militarismus, sondern einzig und allein bei den Feinden des Friedens: England und Frankreich.

Nach zuverlässigen Meldungen sollen die linksführenden Mitglieder des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates angeführt der Forderung Kornilow, die Offensibe abzubrechen, um das russische Volk wieder von Grund aus zu organisieren, bei der Regierung den Antrag gestellt haben, Österreich und Deutschland unter Umständen bezüglich eines Waffenstillstandes zu sondieren, zumal die Erklärungen Ribbentrop in der französischen Sommer neue Verantworen über die Kriegsziele Rußlands notwendig machen.

### Lloyd George

sprach am Sonnabend nachmittag auf einer Versammlung des neuen Kriegesallianzkomitees in der Queenshall. Lord Crewe führte den Vorsitz. In der Versammlung befanden sich der Erzbischof von Canterbury, viele Mitglieder und Parlamentarier, sowie der italienische Minister Sonnino und der serbische Ministerpräsident Pašić.

Crews sagte, die allgemeinen Kriegsziele, die sie ursprünglich von August im November 1914 bezeichnet wurden, nämlich Wiederherstellung und Sicherstellung, hätten sich nicht geändert. Die Berliner Aufzeichnungen hätten keine Ermütigung für den Friedensgedanken erhalten. Er fährt fort: Jetzt ist es unsere Pflicht, einen militärischen und maritimen Druck auszuüben, um das Ziel zu erreichen. Unser Ziel ist die Vertreibung der Welt.

Lord George antwortete mit den üblichen Verdrehungsstücken, auf die sich nicht mehr eingehen lohnt.

## Die Kämpfe an der Westfront.

Die erste Schlacht um die flandrische U-Bootsbasis ist geschlagen und für die Engländer verloren.

Am 4. August, der sechste Anflugtag, brachte noch keine Wiederholung des fehlgeschlagenen ersten Durchbruchsversuchs. Die Engländer zerstörten ihre artilleristischen und infanteristischen Kräfte in Teilkationen. Das englische Feuer nahm in der Gegend von Driegrachten, Draibank und südlich Langemard zeitweise große Heftigkeit an. Mehrfach scheiternde Angriffsvorstöße, so in der Gegend von Hollebete. Bei Frezenberg wurden zum Sturm bereitgestellte starke englische Anflüge in den Gräben unter Vernichtungsfener genommen und der hier beabsichtigte Angriff im Keime erstickt.

Deutsche Stoßtrupps stießen in der Nacht zum 5. August an zahlreichen Stellen in die englischen Gräben vor und kamen mit Wente und Maschinengewehren zurück. Beiderseits des Kanals von Hollebete wurden vier Offiziere und 60 Mann und vier Maschinengewehre eingeschlagen, bei Witzshoote 14 Mann und zwei Maschinengewehre. Die ganze Nacht zum 6. August hindurch unternahm die Engländer eine Reihe von Teilangriffen im Pern-Bogen. Eine englische Abteilung nach der anderen brach im heutigen Abendfeuer zusammen. Auch im Witzshoote-Vorstoß war am Abend des 5. August das Feuer lebhaft, ebenso an der Südküste, wo seit Tagen die englische Feuerartillerie eine Steigerung zeigt.

Stegmann schreibt im „Bund“ u. a.: Von Bedeutung ist der Umstand, daß der Erfolg der 24-tägigen Infanterieschlacht vom 31. Juli in Flandern in auffallendem Widerspruch zu der 24-tägigen Artillerieschlacht steht, die betriebe den ganzen Juli ausgemittelt hat. Die deutschen Gegenstände haben diesmal nicht erst nach London, sondern schon am Nachmittag eingeklebt und den Hammer-Abstoß mit St. Julien und die Zugänge von Westhoek wieder freigemacht. Offenbar waren die Deutschen in Flandern sehr gut vorbereitet und in der Lage, die Offensivkräfte zu bündeln und darauf so rasch zu handeln, daß das ganze unvollständige Angriffsvorhaben um weitreichendere unmittelbare Erfolge gebracht wurde. Wie die Dinge liegen, ist daher im Westen kaum noch an eine Umwandlung der frontalen Durchbruchversuche in Operationen zu denken. Die strategische Lage der Alliierten ist heute weniger günstig als vor dem 1. August, denn die schmerzgebende Behinderung, die in der Vorbereitung der neuen Offensivlag, ist in der ersten Aktion verpufft.

## Auf dem italienischen Kriegsschauplatz

schreit tatsächlich eine feindliche Offensivbewegung aus. Darauf lassen auch die letzten österreichisch-ungarischen Heeresberichte schließen. Der neueste Bericht lautet:

Die feindliche Artillerie bediente gestern die Feuer in wechselnder Stärke auf die ganze Isonzo-Front von Tolmein bis zum Meeressü.

## Die Kämpfe an der Ostfront.

Weitere Fortschritte in der Bukowina.

Rabatz befestigt.

Aus Berlin wird gemeldet: Im Osten wurde östlich Czernowitz die Linie erreicht und überschritten, aus der die Brusilow'sche Offensivbewegung 1916 vorbrach. An Dniestr liegt sie bereits bis zu 60 Kilometer hinter der neuen Front. Die Russen stellen sich zwischen Dnjestr und Pruth sowie südlich des Pruth an der rumanischen Grenze zu einem neuen, starken Widerstand.

Im Kadaberger Walden konnte als Frucht der erfolgreichen Gehirnschritte der letzten Tage die Stadt Rabatz besetzt werden. Östlich Rabatz, den die Russen noch vor der Stadt verließen, wurde von den mit großer Heftigkeit kämpfenden österreichisch-ungarischen Truppen gebrochen. Weiter östlich wurden die Ortschaften

Terebete und Sabulava erreicht.

Damit ist ein großes Stück der von Czernowitz nach Suczawa führenden Bahn in den Händen der Verbündeten. Auf den Höhen östlich der Dobrawa-Bifurca dauert der Vormarsch an. Russische Gegenangriffe bei Lugomi im Wlitska-Tal scheiterten. Auch südlich der Wlitska weichen die Russen. Der

Rücklauf der Neagra ist überschritten

und die Höhen von Gaiaci bis zum Saca-Tal erreicht. Am Mgr. Casanuln hängen sich die rumanischen Verluste. Alle Angriffe gegen den zeh verbleibenden Berg sowie gegen die Höhen nördlich des Siferskops werden abgelehnt. — Auf dem Wladyslaw verblieb die russische 12. Kavalleriebrigade nördlich Rimpolung

eine Reihe schönerer Zusammenstöße.

Bei Brumofia wurde eine Anzahl in grauenhafter Weise verstümmelter Frauenleichen gefunden.

Im russischen Bericht heißt es: Zwischen Dnjestr und Pruth zogen sich unsere Truppen weiter in östlicher Richtung zurück. In der Nacht des 8. August räumten sie Czernowitz und sprengten die Brücke in die Luft. Der Feind besetzte die Dörfer Nafdom, Polow und Barauca sowie die Stadt Czernowitz. — In den Karpaten zogen sich unsere Truppen in östlicher Richtung zurück. Der Feind verfolgt sie hielernweise, ohne daß gewisse russische Truppenteile ihm aus Gründen monatlicher Suchlosigkeit den notwendigen Widerstand leisteten.

Zu der Einnahme von Czernowitz schreibt Oberleutnant Rosjiz in der „Liberale“: Die Ergebnisse von drei Jahren verheerender Anstrengungen sind vollkommen verloren. Die immer bedeutendere Verbündung, die die russischen Vorgänge nehmen, gibt Anlaß zu erster Überlegung.

Der Kaiser Karl von Österreich ist am 4. August nachmittags abgereist, um die eben von den österreichisch-ungarischen Truppen wiedereroberte Landeshauptstadt der Bukowina zu besuchen. Zwischen Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem bulgarischen Heerführer Generalleutnant Scharoff hat aus Anlaß der Steigegedänge der verbündeten deutschen Truppen in Galizien und Bukowina ein herzlicher Telegrammwechsel stattgefunden.

## Vom Balkan

meldet der bulgarische Generalstab: Lebhaftes Artilleriefeuer nördlich von Vitosia, zwischen Wardar und Doriansee, in der Moglana-Gegend und längs der unteren Struma. Feindliche Gefangenensituationen wurden beim Dorf Christian Kavla zerstört.

## Vom Seerriege.

Neue stattliche U-Boot-Deute.

Im Atlantischen Ozean und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum sechs Dampfer und zwei Segler zerstört. Darunter befanden sich der englische Passagier-Dampfer „Haddington“, mit 8000 Könnern, ein deutsches U-Boot, ein französischer und nach zweifelhafte Verleumdung zum Sinken gebracht wurde; ein englischer Passagier-Dampfer, jener ein bewaffneter Landdampfer. Die übrigen vier Dampfer wurden aus starker Eile gerettet herausgeschleppt. Von den beiden Seglern hatte einer Kohlen geladen. Außerdem liegen Meldungen über fünf andere Schiffsverluste in den Atlantik.

Englische Eingeländnis.

Aus London wird gemeldet: Das Handels- und Schiffsabrisministerium macht bekannt, daß trotz der hohen Verluste infolge des Unterseebootkriegs noch 15 Millionen Tonnen englische Schiffe auf See sind.

Hier gibt der englische Handels- und Schiffsabrisminister zum ersten Male die schweren Verluste der britischen Kauffahrtflotte zu.

## Der türkische Krieg.

Antidier osmanischer Heeresbericht.

In Persien griff eine 60 Mann starke Abteilung von uns 25 Kilometer nördlich Sardschak eine 300 Mann starke russische Abteilung überfallen an. Die Russen gingen nach einem Verlust von 30 Toten und Verwunden zurück.

Sinait: Nicht feindliche Flugzeuge, die ohne jede Wirkung 16 Bomben auf Tell Scherig gemorfen hatten, wurden von zwei unserer Flugzeuge angegriffen und vertrieben.

## Die Lage in Rußland.

Veröffentlichung der Geheimnisse.

Wie „Nefsch“ meldet hat der russische Arbeiter- und Soldatenrat mit 46 gegen 180 Stimmen die Veröffentlichung der Geheimnisse aus der letzten Zeit der zaristischen Regierung beschlossen.

Konstanz Diktatur.

Ministerpräsident Kerenski hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Angefaßt der offenkundigen Unmöglichkeit, eine fruchtvolle revolutionäre Macht zu schaffen, wie sie der gegenwärtige drohende Augenblick erfordert, sah ich mich, gedrungen zurückzutreten. Die Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten sozialistischen, demokratischen und liberalen Parteien am 3. August hatte das Ergebnis, daß die in dieser Konferenz vertretenen Parteien beschlossen haben, mit der Aufgabe der Umbildung des Kabinetts zu übertragen. Da ich es für unmöglich halte, unter den gegenwärtigen Umständen, wo eine äußere Niederlage und ein innerer Zerfall das Land bedrohen, mich der mir anvertrauten schweren Pflicht zu entziehen, betrachte ich diese Pflicht als ausserordentlichen Betrag des Bundes in möglichst kurzer Frist und allen etwa sich ergebenden Hindernissen zum Trotz eine fruchtvolle revolutionäre Macht zu schaffen. Ich gebe die Lösung dieser Aufgabe auf meine unabänderliche Überzeugung zu, tragen, daß das Wohl des Vaterlandes und die Gesundheit der russischen Freiheitlichen und die von Selbstregierung als russischen Bürger notwendig unter Beobachtung und Berücksichtigung, die durch die harte Notwendigkeit, den Krieg zu führen, die Kampfmöglichkeit des Volkes zu erhalten und die wirtschaftliche Stärke des Staates wiederherzustellen, gebieterisch vorgezogen sind. Ich halte es für unerlässlich, bei Umbildung der Regierung mich auf die nach und nach von ihr auszubehalten und in ihrer Entwicklung ausgeprägten Grundzüge zu stützen. Gleichzeitig halte ich es für unerlässlich, eine Veränderung in der Ordnung und in der Verteilung der Regierungsarbeit einzuführen.

Der Traum der russischen Freiheit ist ausgeträumt. In die Stelle der zaristischen Gewaltverfassung ist nach einer kurzen Periode schwerer innerer Kämpfe nicht die demokratische Republik, sondern die Diktatur getreten. Und der Mann, der als Sozialist und Volks-

befreier keine Laufbahn begonnen hat, Kerenski, hat heute die Alleinbefehl übernommen. Eine Alleinbefehl, deren Ziel durch die Erklärung Kerenskis genügend gekennzeichnet wird.

Die Anarchie im Meer.

Reuter meldet aus Petersburg: General Kornilow befehligt, 12 russische Generale, 452 Offiziere und mehrere 1000 Unteroffiziere und Mannschaften vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Die „Morning Post“ erzählt aus Petersburg, daß der russische General Kornilow, als er auf verbotene Telegramme aus Petersburg seine Antwort erhielt, eigenmächtig 34 russische Offiziere, die die Truppen zum Rückzug anforderten, erschließen ließ. Nachdem dieses Ereignis unter den Truppen bekannt geworden war, versuchten mehrere Regimenter einen Angriff auf das Stabsquartier des Generals, um ihn selbst zu erschließen. Die Truppen des Generals vertrieben die Meuterei-Regimenter und erschossen Hunderte von Soldaten. Der Korrespondent beschreibt das Blutbad, das die Truppen der gleichen Nationalität untereinander anrichteten, als die schrecklichsten Begebenheiten, die sich auf dem Schlachtfeld in diesem Kriege zutrug.

Eine vorläufige finländische Regierung.

Nach Telegrammen aus Stockholm vom Sonntag konstituierten sich in Helsingfors drei Viertel der Abgeordneten des aufgehobenen finländischen Landtages als vorläufige Regierung. Die Regierung beginnt in Åbo mit großen Truppenansammlungen.

## Politische Übersicht.

Niederlande. Aus Finanzkreisen wird mitgeteilt, daß die niederländische Regierung wegen der Aufnahme einer neuen Mobilisationsanleihe über 400-500 Millionen Gulden zu 4 bis 4½ Prozent Verhandlungen angestellt hat. — Dem „Nieuwe Arnhemse Courant“ wird aus Amsterdam berichtet: Aus den zur Bereinigung der Kriegeswaffenfrage notwendigen Angaben ergab sich, daß die Niederländer Zeitung „Telegraaf“ von der englischen Regierung die Summe von 25 000 Pfund Sterling erhalten hat.

Frankreich. Bei der Kammer-Interpellation Renaudel über die Regierungspolitik verweigerte es Ribot, auf die Anfrage Cuchies, ob die Februar-Verträge mit Petersburg noch fortzubestehen, zu antworten, da dieses nicht im Landesinteresse sei. Er gab also indirekt das Fortbestehen der Antwerpener-Verträge an. Später erklärte der Abgeordnete Murat, leider sei alles, was Michaelis gelagt habe, nicht falsch. Murat wies auf die Zweideutigkeit der Antwort Ribots hin und begründete damit die abtönende Haltung der Vinsocialisten gegenüber der Regierung. — Die Rote dauert ihre Entschlossenheit an. Die Lage hat sich nicht geändert. „Journal des Debats“ meldet die Entschlossenheit der Sozialisten auf der Seine unterhalb von Paris infolge Kohlennot.

England. Der Abgeordnete Deas Smith befragte im Unterhaus am 1. August den Staatssekretär des Äußeren, ob das Ministerium amtlich oder nichtamtlich von einem zwischen Frankreich und Rußland bestehenden Abmachung oder Verständigung Kenntnis habe, wonach Deutschland im Falle des Sieges der Ententemächte, abgesehen von Eläß-Lothringen, irgendwelcher Gebietsstelle auf dem Kontinent des Rheins besitz zu erlangen hätte. Balfour antwortete, ich habe keine Nachricht, abgesehen von dem, was in der Presse erschienen ist. Deas Smith fragte weiter, die Möglichkeit der Ribot gefahren in der Deputiertenkammer abgegebenen Erklärung angemessen, würde das nicht bedeuten, daß die Absicht bestehe, Gebietsstelle zu nehmen, die Generalationen hindurch von Seiten bewahrt wurden, welche dem Ribot. Der Ribot wurde hier von dem Vorliegenden mit der Bemerkung unterbrochen, daß das Sach der französischen Kammer sei.

## Deutschland.

Der König von Württemberg verließ den Generalstabschef von Hindenburg aus Anlaß der bevorstehenden Wiederkehr des Jahresfestes seiner Ernennung zum Chef des Generalstabes des Reichsheeres des Großherzogs von Baden im württembergischen Krone mit Schwertern. General der Infanterie Lubandorf wurde durch Verleihung des Großkreuzes des Militärverdienstordens ausgezeichnet.

Hohe Ansetzungen für die schwebenden Diplomaten. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, wurde dem Staatsminister Dr. Weseler und Dr. von Trost zu Solz der Ägypte Ägypten, den Staatsministern Dr. Treibern von Scholler und Dr. Lange das Großkreuz des Hohen Österreichs mit Ehrenkranz und Kränzel, dem Staatsminister von Voelckel der Hohen Österreichs erster Klasse mit Ehrenkranz und Kränzel verliehen. Ferner erhielt Kapitänleutnant Schwioger den Orden Pour le mérite. Der bisherige Präsident des Kriegsernährungsamts, Herr von Wladislaw, wird den Kronorden erster Klasse erhalten. Herr von Wladislaw wird nach seiner Entlassung als Präsident des Kriegsernährungsamts wieder den Rang eines Oberpräsidenten in der Vertretung des Reichs führen. — Dem Reichsanzeiger Dr. Michaelis ist das Großkreuz des Hohen Österreichs, dem Staatssekretär des Reichsfinanzamts Grafen Mader den Hohen Österreichs erster Klasse verliehen worden.

Der Oberpräsident in Berlin. Dem zur Ernennung an den vor drei Jahren abgetretenen Kriegsgeheimrat gestaltete sich am Sonntag zu einer sehr erbeblichen Anwesenheit. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten mit Geleite dem Gottesdienst bei. Der Dom war in allen Teilen dicht gefüllt. Oberpräsident Witt, der vor drei Jahren die Preßburg gehalten, sprach aus dem Rednerpult über den Weg seiner Amtsverwaltung. Ich würde nicht herben, sondern leben und des Herrn Wert schätzen. Die Sitzung hielt Oberpräsident Dr. Brander.

Verantwortlicher Redakteur Franz Böcher in Merseburg. Druck und Verlag von F. Böcher in Merseburg.





Provinz und Umgegend.

Wienzen, 6. Aug. Sehr alte Gärten wurden hier abgeleert. Die Gloden der Stadtröhre und die der Klöstertröhre, die jetzt abgenommen wurden, kommen nämlich aus den Jahren 1793, 1800 und 1822. Anmachern und Abdrücke der Inschriften und Medallionen werden noch genau ausgeführt.

Wanzleben, 6. Aug. Unter der Firma „Kriegsgetreideeinfuhr Wanzleben, G. m. b. H.“ ist eine Gesellschaft in Wanzleben mit 28 000 M. Stammkapital errichtet worden, die den Getreideeinfuhr mit freies Wanzleben betreiben will. Geschäftsführer sind der Kreislandrat und der Kreisassistentenrat.

Sangerhausen, 6. Aug. Unsere Bäderereien haben sich ab Mitte August damit einverstanden erklärt, daß die Wehrzahl während des Krieges den Betrieb einstellt. Nur acht Bäderereien werden weiter-baden und den übrigen das zum Betrieb erforderliche Gerät zur Verfügung stellen.

Zeitz, 6. Aug. Verträge der technische recht ungenügenden Wasserabfuhrung durch die Selbstverwalter hat sich der Kreisassistent des Landkreises Halberstadt geneigt gesehen, namentlich alle bisher mültererischen Betriebe zwangsweise an eine Sammelwerkstatt anzuschließen. Die Zentralfabrik werden polizeilich geschlossen. Für die Vollkostenübertragungsbestimmungen werden Klammern eingeführt.

Zeitz, 6. Aug. Bis zum Erfurter Schulstreik wird die Einrichtung einer Vorklasse vorgeschlagen, die den hochbegabten Volksschülern und Volksschülerinnen nach zurückgeblieben 5. Schuljahre den Übergang zur Mittelschule und zur höheren Schule ermöglicht. Die Klasse ist einer Mittelschule anzuschließen. Sie hat einen einheitlichen Lehrplan. Den aufgenommenen Schülern wird Schulpflichtigkeit gewährt, außerdem erhalten die Eltern eine Erziehungsbeihilfe von jährlich 200 M. Bei völliger Durchföhrung im Jahre 1923 erforderlich die Veranlagung der Förderung der Begabten jährlich mind 16 000 M. an Erziehungsbeihilfen, dafür jährlich 70—80 Schüler die Wohlfahrt einer weitergehenden Schulbildung.

Zeitz, 6. Aug. Der Gemeinderat genehmigte die Erhöhung der Steuer für Luzusbände. Danach wurde die Steuer für den ersten Hund von 15 auf 30 M., für den zweiten auf 40 M. und für den dritten auf 50 M. erhöht. Alle Hundbesitzer mit über 500 M. Einkommen müssen zu diesen Steuern noch 50 Prozent Zuschlag zahlen. Jagdunde gelten als Hundsbunde.

Zeitz, 6. Aug. Am den Kohlenmangel einengenommen abzuhelfen, sind hier bis jetzt 33 kleinere und mittlere Bäderereien in Betrieb, die wöchentl nicht mindestens 10 Zentner Wehl zu verbuden haben, geschloffen bzw. mit anderen Bäderereien vereinigt.

Zeitz, 6. Aug. Dieleigenen Bäderereien zufolge soll Leitungs-Direktoren, Geheimer Rat Dr. Dietrich, vor einiger Zeit mit Rücksicht auf ein schon längere Zeit bestehendes Vergehen ein Anordnungsgehalt eingewendet und für sein Ansehen aus dem Amt eines Termin in der ersten Instanz für 1918 in den Rang gebracht haben. Dieleigenen Bäderereien sollen für ein Vergehen im Jahre 1917 mit dem Kandidatenfrage besetzen. Von auszuartigen Bewerbern werden vor allem genannt der städtische Amtsdirektor Dr. jur. Koch und der Zittauer Oberbürgermeister Dr. Ritz.

Merseburg und Umgegend.

7. August.

Verurteilung. Dem Kreisführer Paul Querturth wurde infolge bewiesenen Aufpuffers vor dem Zentne das Ehrenrecht 2. Klasse überzogen. Er ist der Sohn der Witwe M. Querturth hier, Oberversteiger 6.

Verurteilung. Der Jagdrentier-Unteroffizier Adolf Wille von Antantier-Regiment Nr. 165 wurde infolge 3 Jahre in Haft verurteilt.

Es wird immer weniger! Die Bittermeerger für die laufende Woche ist auf 25 Gramm pro Kopf herabgesetzt worden, da neben den Versorgungsmaßnahmen auch eine geringere Milderung eingetreten ist. Schwerarbeiter und Kranke erhalten auf die Jagdmärkte mit dem Aufwand 25 Gramm Futter.

Für Schlaffertentier. Die Polizeibehörde bringt in der heutigen Nummer d. Bl. die Polizeiverordnung betr. das Schlaffertentierwesen in der Stadt Merseburg, zur Veröffentlichung, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Der städtische Hartstoffverkauf beginnt am Mittwoch, und zwar in den Verkaufsstellen auf dem Marktplatz und in den jetzt bekannten städtischen Gemüseteilen. Das Obst stammt aus den städtischen Anpflanzungen, die bekanntlich in den besten Jahren in diesem Jahre nicht verpachtet wurden, und aus einigen von der Stadt gepachteten fleißigen Gärten. Der Verkauf findet täglich gegen Vorlegung des Reichskommissariats zwecks überhaupt verboten werden. Nach einer Verfügung des Reichskommissariats für Elektrizität und Gas soll der Verbrauch indes nur auf 80 Prozent des vorjährigen Verbrauchs eingeschränkt werden. Indes ist die Anlegung neuer Hausanschlüsse ausdrücklich verboten worden. In letzter Behörden haben sich mit der Verfügung des Reichskommissariats erst noch zu beschäftigen und werden in der nächsten Zeit Ausführungsbestimmungen hierzu erteilen.

Schon heute kann indes darauf hingewiesen werden daß durch die Verfügung des Reichskommissariats nun keineswegs die 80 Proz. den Verbrauch garantiert werden, im Gegenteil, es ist lediglich nicht mehr als 80 Prozent gegeben werden. Eine Stadt, die eine Kohlenmenge kann auch weniger geben. Auch kann vom Reichskommissariat selbst die Menge jederzeit geändert werden, denn in der ursprünglichen allgemeinen Verordnung lag der Kommissar wörtlich: „Die Höhe der Einschränkung der Gasabgabe werde ich jeweils festsetzen.“ Im Maß 3 der Verfügung, die hier einschlägig ist, heißt es: „Der Verbrauch wird auf 80 Prozent beschränkt.“

a) In diesem Punkte erläßt der Vertrauensmann (der Direktor des Gaswerkes) unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse Ortsvorschriften. Er hat, sofern er nicht selbst Beamter der Gemeinde oder des Kommunalverbandes ist, auf dessen Bezirk die Ortsvorschriften sich beziehen sollen, einen von der zuständigen Behörde hierfür Bezeichneten hinzuziehen; außerdem ist in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Gemeindevorstand, im übrigen der Vorstand des Kommunalverbandes, dem Vorschlag der Behörde ist zu entsprechen, soweit durch die technische Möglichkeit besteht und, bei einer Wehrzahl beteiligter Gemeinden oder Kommunalverbände, soweit nicht durch Erfüllung der Wünsche die Gesamtheit der Verbraucher des einen beteiligten Bezirks vor anderen Bezirken, auf die sich die Ortsvorschriften beziehen, bevorzugt wird. Eine Verzögerung darf hierdurch nicht eintreten.

Die Höhe der Einschränkung der Gasabgabe werde ich jeweils festsetzen. Die Berechnung für die einzelnen Werte erfolgt auf gleichmäßiger technischer Grundlage.

b) Die öffentliche Beleuchtung ist weitgehendst einzuschränken.

c) Die Vertrauensmänner sind berechtigt, den Gebrauch von Gasmessern zu verbieten.

d) Das Breimen von Leuchtflammen und Kochzündungen zu Raumbelüftungszwecken ist verboten. Die erwähnten 80 Prozent sind in Ausführungsbestimmungen vorläufig festgelegt. Obgleich ist festgesetzt, daß bei unvorhergesehenem Mehrverbrauch der Verbraucher an das Gaswerk für jedes Kubikmeter ein Aufpreis von 50 Pfennigen zu bezahlen hat. Dieser Aufpreis kann aber in besonderen Fällen, d. h. bei maßlosen Überverbräuchen, erhöht und endlich kann auch die Verwendung von Gas ganz unterbunden werden.

Wenn in anderen Städten, in Merseburg wohl feinerliche Einschränkung im Gasbesitz für die Bürgerpflicht erfolgt ist, so liegt dies darin, daß es den Bemühungen der Gaswerkleitung bis jetzt noch immer gelang, die erforderlichen Mengen an Kohle herbei zu schaffen. Es besteht die Hoffnung, daß unser Gaswerk auch weiterhin der Lage sein wird, die Einwohner genügend mit Gas zu versorgen. Allerdings müssen die allgemeinen Anordnungen des Reichskommissars, die benachteiligt antwortlich veröffentlicht werden, befolgt werden. Die Verpflichtung des hiesigen Gaswerks-Direktors als Vertrauensmann des Reichskommissars ist bereits vorgenommen. Es ist sicher zu erwarten und liegt ja auch im Interesse des Gaswerks selbst, daß man der Bevölkerung soweit wie irgend möglich entgegenkommen und die Gebührende des Gasbezugs auf das kleinste Maß beschränken wird.

Waden angekommen seien. Es wird darauf hingewiesen, daß sich bei Überführung der Preise sowohl Verkäufer wie Käufer für den Preis der Waren zu verantworten haben.

Der Erzeugerpreis für den Jentner Präparatsofen in der Provinz Sachsen ist mit Genehmigung der Reichsstatistikstelle auf 550 M. festgesetzt.

Für Schmelzeisen. Der Reichsverband der Provinz Sachsen macht bekannt, daß die Gewichtsgrenze für Schmelzeisen auf 100 Pfund herabgesetzt ist. Schmelzeisen in höheren Gebirgen gelten als Schlackenschmelzeisen; für sie darf nur noch der für Schlackenschmelzeisen gesetzlich bestimmte Höchstpreis bezahlt werden. Die Ausfuhr von Schmelzeisen über 100 Pfund als Schmelzeisen ohne Erlaubnis des Verbandes ist verboten. Inwieweit Abänderungen mit Genehmigung bis zu 6 Monaten oder mit Genehmigung bis zu 100 M. befristet. Weiter gibt die Reichsstatistikstelle der Provinz Sachsen bekannt, daß sämtliche Vertragschmelzeisen bis 31. August er. abgeleert sein müssen und bemerkt dazu, daß auch die Tiere abgenommen werden, die das vorgeschriebene Mindestgewicht noch nicht erreicht haben, jedoch muß das Mindestgewicht 1 Zentner betragen. Die Umordnung hat sofort zu erfolgen.

Das Königreich Preußen der privilegierten Bürger-Schützen-Schützen-Abteilung am vergangenen Sonntag und Montag in der in der Kriegszeit üblichen Weise statt. Die Königsabriebe erfolg sich Kaufmann Georg Haupt, die Kronprinzabriebe wurde Oberbediensteter Richard Hechtold und den Ratsobersteil Steinbecker, die Germania abtrieb.

Der färsich von der Stadt vorausgabte Kaffee-Ertrag hat vielfach auf lebhaften Klagen der Hausfrauen Mitleid gegeben, da er zu teuer sei und auch wenig seinen Zweck erfüllt habe. Wir werden nun darauf aufmerksam gemacht, daß bei richtiger Handhabung des Kaffeeschlüssels sich ein brauchbares und billiges Geschloß herstellen läßt, nämlich muß man nur die Hälfte von der Menge nehmen, die sonst für den Kaffee verwendet wurde. Dann setzt man das Wasser mit dem Kaffeeschlüssel fast an und läßt es aufkochen. Unter Zufügung von etwas Zichorie oder sonstiger Geschmacksmittel erhält man einen guten Kaffee, der nicht allen wohlgeschmeckt wird. Also man verusche es einmal und wird dann selbst feststellen, daß das Geschloß nicht allein sehr gut, sondern auch verhältnismäßig preiswert ist.

Die Störung der elektrischen Stromzuföhrung am Montag nachmittags bedingte in Merseburg eine ca. 3/4-stündige Stilllegung sämtlicher Betriebe, die elektrischen Strom benötigen. In der letzten schweren Zeit eine doppelt fühlbare Einschränkung. Wir sind bereits gestern mittags wieder ein Zeitungsbericht der Überlandzentrale bei Ammerndorf gestiegen und dadurch die Stromzuföhrung nach Merseburg unterbrochen worden. Auch die Herstellung des „Correspondent“ verzögerte sich daher um mehrere Stunden, so daß diese Zeile in Stadt und Land erst heute vormittags in den Besitz der Zeitung gekommen ist. Das alte Hind für unter „Schloß“ unter demselben hiesigen Elektrifizierungswesen. Der Anschlag an die Überlandzentrale zeigt immer wieder, wie verheerlich diese hiesige Einrichtung ist. In diesem Umstand wird die Stadt freilich so lange der Anschlag besteht und die Stadt nicht selbständig im Stande ist, die großen Schäden zu beheben, wenn das Werk nicht funktioniert und die Abnehmer des elektrischen Stromes unabweisbar Schäden erleiden, den ihnen niemand erspart. Selbst unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse hätte eine derartige Störung unbedingt schneller beseitigt werden müssen. Die Stadt muß hier energischer auftreten und vor allem muß das Elektrifizierungswesen in Merseburg gegenüber der Überlandzentrale geltend machen. Die alte Bombigkeit, die bei solchen Störungen ruhig abwartet und sich verbündet unter die Sammelleitung der Überlandzentrale fügt, muß unter allen Umständen aufhören. Solche Schäden beseitigt man in längstens einer halben Stunde und läßt nicht zwei oder drei Tage verstreichen, bis eine Lösung, für die doch eigentlich ein Verlangen vorhanden sein müßte, der sofort im Notfall in Anspruch genommen werden kann, wieder hergestellt ist.

Thali-Theater. Am Donnerstag geht als Benefiz für die L. Sängerverein und Soubrette die große Operette „Soubrette tanzt Walzer“ in Szene. Die Operette, welche von dem Komponisten des „Solbat der Marie“ stammt, ist ein amüßiges, sympathisches Werk, welches im Alt-Wienener Stil spielt und einen herrlichen Melodienreichtum in sich birgt. Es wird gebeten, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen.

Die Gasbeschränkung.

Daß der Kohlenmangel, d. h. die Schwierigkeit, eine hinreichende Menge Kohlen zu fördern, denn nur dies ist der Grund, schließlich auch den Gebrauch von Gas und Elektrizität in den Haushaltungen einschränken wird, war voraussehbar. Man bestreite bereits, daß für den kommenden Winter die Verwendung von Gas nur zwecks überhaupt verboten werden würde. Nach einer Verfügung des Reichskommissariats für Elektrizität und Gas soll der Verbrauch indes nur auf 80 Prozent des vorjährigen Verbrauchs eingeschränkt werden. Indes ist die Anlegung neuer Hausanschlüsse ausdrücklich verboten worden. In letzter Behörden haben sich mit der Verfügung des Reichskommissariats erst noch zu beschäftigen und werden in der nächsten Zeit Ausführungsbestimmungen hierzu erteilen.

Schon heute kann indes darauf hingewiesen werden daß durch die Verfügung des Reichskommissariats nun keineswegs die 80 Proz. den Verbrauch garantiert werden, im Gegenteil, es ist lediglich nicht mehr als 80 Prozent gegeben werden. Eine Stadt, die eine Kohlenmenge kann auch weniger geben. Auch kann vom Reichskommissariat selbst die Menge jederzeit geändert werden, denn in der ursprünglichen allgemeinen Verordnung lag der Kommissar wörtlich: „Die Höhe der Einschränkung der Gasabgabe werde ich jeweils festsetzen.“ Im Maß 3 der Verfügung, die hier einschlägig ist, heißt es: „Der Verbrauch wird auf 80 Prozent beschränkt.“

a) In diesem Punkte erläßt der Vertrauensmann (der Direktor des Gaswerkes) unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse Ortsvorschriften. Er hat, sofern er nicht selbst Beamter der Gemeinde oder des Kommunalverbandes ist, auf dessen Bezirk die Ortsvorschriften sich beziehen sollen, einen von der zuständigen Behörde hierfür Bezeichneten hinzuziehen; außerdem ist in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Gemeindevorstand, im übrigen der Vorstand des Kommunalverbandes, dem Vorschlag der Behörde ist zu entsprechen, soweit durch die technische Möglichkeit besteht und, bei einer Wehrzahl beteiligter Gemeinden oder Kommunalverbände, soweit nicht durch Erfüllung der Wünsche die Gesamtheit der Verbraucher des einen beteiligten Bezirks vor anderen Bezirken, auf die sich die Ortsvorschriften beziehen, bevorzugt wird. Eine Verzögerung darf hierdurch nicht eintreten.

Die Höhe der Einschränkung der Gasabgabe werde ich jeweils festsetzen. Die Berechnung für die einzelnen Werte erfolgt auf gleichmäßiger technischer Grundlage.

b) Die öffentliche Beleuchtung ist weitgehendst einzuschränken.

c) Die Vertrauensmänner sind berechtigt, den Gebrauch von Gasmessern zu verbieten.

d) Das Breimen von Leuchtflammen und Kochzündungen zu Raumbelüftungszwecken ist verboten. Die erwähnten 80 Prozent sind in Ausführungsbestimmungen vorläufig festgelegt. Obgleich ist festgesetzt, daß bei unvorhergesehenem Mehrverbrauch der Verbraucher an das Gaswerk für jedes Kubikmeter ein Aufpreis von 50 Pfennigen zu bezahlen hat. Dieser Aufpreis kann aber in besonderen Fällen, d. h. bei maßlosen Überverbräuchen, erhöht und endlich kann auch die Verwendung von Gas ganz unterbunden werden.

Wenn in anderen Städten, in Merseburg wohl feinerliche Einschränkung im Gasbesitz für die Bürgerpflicht erfolgt ist, so liegt dies darin, daß es den Bemühungen der Gaswerkleitung bis jetzt noch immer gelang, die erforderlichen Mengen an Kohle herbei zu schaffen. Es besteht die Hoffnung, daß unser Gaswerk auch weiterhin der Lage sein wird, die Einwohner genügend mit Gas zu versorgen. Allerdings müssen die allgemeinen Anordnungen des Reichskommissars, die benachteiligt antwortlich veröffentlicht werden, befolgt werden. Die Verpflichtung des hiesigen Gaswerks-Direktors als Vertrauensmann des Reichskommissars ist bereits vorgenommen. Es ist sicher zu erwarten und liegt ja auch im Interesse des Gaswerks selbst, daß man der Bevölkerung soweit wie irgend möglich entgegenkommen und die Gebührende des Gasbezugs auf das kleinste Maß beschränken wird.

sonderen Verhältnisse Ortsvorschriften. Er hat, sofern er nicht selbst Beamter der Gemeinde oder des Kommunalverbandes ist, auf dessen Bezirk die Ortsvorschriften sich beziehen sollen, einen von der zuständigen Behörde hierfür Bezeichneten hinzuziehen; außerdem ist in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Gemeindevorstand, im übrigen der Vorstand des Kommunalverbandes, dem Vorschlag der Behörde ist zu entsprechen, soweit durch die technische Möglichkeit besteht und, bei einer Wehrzahl beteiligter Gemeinden oder Kommunalverbände, soweit nicht durch Erfüllung der Wünsche die Gesamtheit der Verbraucher des einen beteiligten Bezirks vor anderen Bezirken, auf die sich die Ortsvorschriften beziehen, bevorzugt wird. Eine Verzögerung darf hierdurch nicht eintreten.

Die Höhe der Einschränkung der Gasabgabe werde ich jeweils festsetzen. Die Berechnung für die einzelnen Werte erfolgt auf gleichmäßiger technischer Grundlage.

b) Die öffentliche Beleuchtung ist weitgehendst einzuschränken.

c) Die Vertrauensmänner sind berechtigt, den Gebrauch von Gasmessern zu verbieten.

d) Das Breimen von Leuchtflammen und Kochzündungen zu Raumbelüftungszwecken ist verboten. Die erwähnten 80 Prozent sind in Ausführungsbestimmungen vorläufig festgelegt. Obgleich ist festgesetzt, daß bei unvorhergesehenem Mehrverbrauch der Verbraucher an das Gaswerk für jedes Kubikmeter ein Aufpreis von 50 Pfennigen zu bezahlen hat. Dieser Aufpreis kann aber in besonderen Fällen, d. h. bei maßlosen Überverbräuchen, erhöht und endlich kann auch die Verwendung von Gas ganz unterbunden werden.

Wenn in anderen Städten, in Merseburg wohl feinerliche Einschränkung im Gasbesitz für die Bürgerpflicht erfolgt ist, so liegt dies darin, daß es den Bemühungen der Gaswerkleitung bis jetzt noch immer gelang, die erforderlichen Mengen an Kohle herbei zu schaffen. Es besteht die Hoffnung, daß unser Gaswerk auch weiterhin der Lage sein wird, die Einwohner genügend mit Gas zu versorgen. Allerdings müssen die allgemeinen Anordnungen des Reichskommissars, die benachteiligt antwortlich veröffentlicht werden, befolgt werden. Die Verpflichtung des hiesigen Gaswerks-Direktors als Vertrauensmann des Reichskommissars ist bereits vorgenommen. Es ist sicher zu erwarten und liegt ja auch im Interesse des Gaswerks selbst, daß man der Bevölkerung soweit wie irgend möglich entgegenkommen und die Gebührende des Gasbezugs auf das kleinste Maß beschränken wird.

Es dürfte allgemein interessieren, welchen Aufschlag das Werk in den letzten Jahren genommen hat. Die Gasabgabe betrug im Jahre 1906 782 000 Kubikmeter, 1910 973 000 Kubikmeter, 1914 1 866 000 Kubikmeter, 1916 1 799 000 Kubikmeter.

Der Mangel an Hausbrandkohle hat in den letzten Monaten eine weitere Steigerung in der Gasabgabe mit sich gebracht, so daß jetzt April 1917 die in gleichen Zeitraum des Vorjahres erfolgte Gasabgabe jetzt schon rund um 100 000 Kubikmeter überschritten ist.

Die feiner Zeit beim Bau des neuen Gaswerks von vielen Seiten gegebene Besenken, daß unser Gaswerk viel zu groß errichtet sei, können von keiner Seite mehr aufrecht erhalten werden. Die Ofenanlage ist voll besetzt, so daß feinerliche Mehrere zur Verfügung liegt und der Magistral bereits die Errichtung eines neuen Ofens beschlossen hat.

Der Krieg war auch für uns ein guter Lehrmeister und hat das Publikum zur Überzeugung gebracht, daß es nicht im volkswirtschaftlichen, sondern auch in seinem eigenen Interesse liegt für Kohldwee möglichst die Gasverwendung zu besparen, da dabei die Ausnutzung der Kohle eine weit bessere ist, als bei Verbrennung im Kofdenofen, abgesehen von den vielen Annehmlichkeiten, die das Kochen auf Gas sonst unserer Hausfrauen bietet. Daß sich jetzt allenthalben eine Erhöhung der Gaspreise nötig machte, ist lediglich durch die Kriegsmaßnahmen bedingt gewesen.

Mangel an Feischobst

macht sich zur Zeit auf dem Markt bemerkbar, ein Umstand, der wahrheitsföhrlich in den nächsten Wochen nicht geringer werden dürfte.

Wie uns von der Provinzstatistikstelle für Gemüse und Obst dazu mitgeteilt wird, ist das eine Erziehung, die sich leider nicht vermeiden läßt. Das Feischobst wird in erster Linie aus dem Bezirke gezogen, um Martelabenoß zu gewinnen, denn der Bedarf an Martelabenoß ist in diesem Jahre so groß wie niemals zuvor. Die Behörde steht auf dem Standpunkt, daß wir in erster Linie für Protokollauf zu sorgen haben. Jetzt ist knapp, und wird noch knapper werden, da muß Marmelade heften, Obstarmelade daneben in geringerer Weise Rübenrost und Kunsthof. Was für gewöhnliche Mengen in dieser Hinsicht gebraucht werden, zeigt die eine Tabelle, daß andere Provinz Sachsen allein an Obstarmelade über 3 Millionen Zentner braucht. Da nun unsere Obstbäume nur etwa eine mittlere wird, muß die Behörde sofort eingreifen und das kann nur geschehen auf Kosten des Feischobstverbrauches. Um diesen unangenehmen Zustand kommen wir nicht herum, wir müssen auf einen vorübergehenden Genuß verzichten, um für den



